

Herwart Stucke

Die Tarifautonomie

Kritische Betrachtungen zu Gestaltung und
Auswirkungen einer mißverstandenen und
mißbrauchten Institution

Verlag der Arbeitsrechtlichen
Vereinigung München GmbH

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Stucke, Herwart:

Die Tarifautonomie : kritische Betrachtungen zu Gestaltung und Auswirkungen einer mißverstandenen und mißbrauchten Institution / Herwart Stucke. – München : Verlag der Arbeitsrechtlichen Vereinigung München GmbH, 2004

ISBN 3-9803129-1-7

© 2004 by Verlag der Arbeitsrechtlichen Vereinigung München GmbH,
Frühlingstrasse 29, 82178 Puchheim bei München
Printed in Germany

INHALTSVERZEICHNIS

0.	Vorbemerkung	9
1.	Einführung - Zum Gewerkschaftswesen	15
2.	Oberblick über die wirtschaftlichen und rechtlichen Probleme - Widersprüche und Ungereimtheiten in Verbindung mit der In- stitution der Tarifautonomie	31
3.	Wirtschaftliche und soziale Aspekte der Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen durch die Tarifautonomie. Handlungen - Wirkungen - Folgen - Kritik	50
3.1	Die grundsätzlichen wirtschaftlichen Zusammenhänge	50
3.2	Die Förderung der Arbeitslosigkeit durch die Tarifautonomie	70
3.2.1	Die Folgen der marktwidrigen Festsetzung der Arbeitsentgelte. Verlauf des Wirtschaftsprozesses in einzelwirtschaftlicher Betrachtung. Reaktion bei kontraktiven Tendenzen	87
3.2.1.1	Die Reaktion der Investoren bei begonnenen Investitionen	89
3.2.1.2	Die Reaktion bezüglich zukünftiger Investitionen in Ab- hängigkeit von den Kosten	97
3.2.1.3	Die Entstehung des kontraktiven Prozesses in einzelwirt- schaftlicher Sicht	100
3.2.2	Die Folgen der marktwidrigen Festsetzung der Arbeitsentgelte. Verlauf des Wirtschaftsprozesses in gesamtwirtschaftlicher Betrachtung. Reaktion bei kontraktiven Tendenzen	104
3.2.2.1	Die klassische/neoklassische Anschauung	104
3.2.2.2	Die von Keynes bestimmte Anschauung	110
3.2.3	Beschäftigungsförderung durch staatliche wirtschaftspoli- tische Mittel	113
3.2.3.1	Zur Erkennbarkeit der Erforderlichkeit des Einsatzes staat- licher Mittel zur Förderung der Beschäftigung	113
3.2.3.2	Grundsätzliche Vorbehalte gegenüber der Eignung des Einsatz- es staatlicher Mittel zur Beeinflussung des Wirtschafts- geschehens	118
3.2.4	Zum Einsatz beschäftigungsfördernder Mittel: Probleme und Grenzen in der Wirklichkeit	120
3.2.5	Versuch einer Förderung durch die Fiskalpolitik, insbe- sondere durch Kreditfinanzierung	125

3.2.5.1	Wirkungen und Grenzen der Beschäftigungsförderung durch kreditfinanzierte Nachfrage des Staates	127
3.2.5.2	Der Einsatz der kreditfinanzierten allgemeinen Nachfrage des Staates	132
3.2.5.3	Die Zinspolitik als Form staatlicher Geldpolitik	144
3.2.5.4	Die Beeinflussung des Sozialprodukts - und damit der Beschäftigung - durch die Steuerung der Geldmenge	145
3.3	Bedeutung von ausländischem Wettbewerb und Staatskonsum für die Beschäftigung	151
3.3.1	Ausländischer Wettbewerb und Beschäftigung	151
3.3.2	Die Behinderung des ausländischen Wettbewerbs zwecks Förderung der inländischen Beschäftigung zu Lasten der Gesamtbevölkerung	159
3.4	Die wirtschaftlichen Begründungen für die regelmäßigen Forderungen nach Erhöhung der Arbeitsentgelte im Rahmen der Tarifautonomie, sog. "Lohnrunden"	171
3.4.1	Bedeutung und Nutzen	171
3.4.2	Beteiligung an der Erhöhung des Sozialprodukts	174
3.4.3	Erhöhung des Arbeitsentgelts zwecks Inflationsausgleichs	184
3.4.4	Beteiligung an der Erhöhung der allgemeinen Produktivität	205
3.4.5	Anpassung der Arbeitsentgelte wegen einer Vergrößerung der Unternehmensgewinne	222
3.4.6	Erhöhung der Arbeitsentgelte zwecks Vergrößerung der Lohnquote	225
3.4.7	Erhöhung der Arbeitsentgelte zur Stärkung der Kaufkraft (sog. "Kaufkrafttheorie")	228
3.5	Einige bemerkenswerte, höchst unsoziale Folgen der Ausübung der Tarifautonomie	232
3.5.1	Gewerkschaftliche Erfolge und Kosteninflation	232
3.5.2	Die Schädigung durch die - auf die Institution der Tarifautonomie gestützten - Arbeitskämpfe	236
3.5.2.1	Die unmittelbare Fremdschädigung	238
3.5.2.2	Die mittelbare Fremdschädigung	244
3.5.2.3	Die Schädigung und der Schaden beim Arbeitskampf im öffentlichen Dienst	248

3.5.2.4	Die unmittelbare Selbstschädigung	252
3.5.2.5	Die mittelbare Selbstschädigung	253
3.5.2.6	Neuere Entwicklungen: Verschiebungen von der unmittelbaren zur mittelbaren Fremdschädigung oder von der begrenzten zur unbegrenzten Schadenszufügung	254
3.6	Die wirtschaftliche Begründung des Rechtsinstituts der Tarifautonomie: Die Theorie vom Machtungleichgewicht	259
3.6.1	Kritische Betrachtung zur Eignung der - mit der Tarifautonomie begründeten - Kollektivhandlungen	268
3.6.2	Die Verbesserung der wirtschaftlichen Bedingungen - genauer: der Erwerbsmöglichkeiten - des einzelnen unselbständig Beschäftigten mittels Unterstützung durch eine Vereinigung ohne Anwendung von Erzwingungsmaßnahmen	270
3.6.3	Die (vermeintliche) Verbesserung der wirtschaftlichen Bedingungen der Gesamtheit der unselbständig Beschäftigten mittels Unterstützung durch eine Vereinigung unter Anwendung von Erzwingungsmaßnahmen	275
3.6.4	Gedanken zur zukünftigen Gestaltung dienstrechtlicher Beziehungen ohne "Arbeitskonflikte" zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit	287
4.	Rechtliche und soziale Aspekte der Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen mittels der Tarifautonomie	299
4.1	Zur ideologisch-einseitig bestimmten Sonderrechtsordnung des Arbeitsrechts	299
4.1.1	Die rechtliche Fixierung der derzeitigen Situation	299
4.1.2	Die dem Arbeitsrecht als Sonderrecht zugrundeliegenden Vorstellungen	302
4.1.3	Die Schutzbedürftigkeit - Begründung und Rechtfertigung für soziale Ansprüche neben den Leistungsentgelten	306
4.1.4	Die Diskrepanz zur Wirtschaftsverfassung	321
4.2	Das Verfahren zum Abschluß von Tarifverträgen	328
4.3	Das Verfahren zur Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen	346
4.4	Die Neutralität des Staates im Arbeitskampf	376
5.	Nachwort - Die Sicherheit der Arbeitsplätze und die finanzielle Stabilität der Unternehmen	395
	Literaturverzeichnis	407

0. Vorbemerkung

Es haben sich in den letzten Jahren Entwicklungen in der Wirtschaft, und zwar in der Weltwirtschaft mit besonderen Auswirkungen auf die Volkswirtschaften Europas, gezeigt, die in ihrer Bedeutung für die Zukunft der nächsten Jahrzehnte noch nicht annähernd erkannt werden.

Die relative Wohlhabenheit - jedenfalls der europäischen Industriestaaten - und der verdiente Genuß dieser Wohlhabenheit sowie die Beschäftigung mit der sozial gerechten Verteilung dieses Wohlstandes hat völlig übersehen lassen, daß neben den wirtschaftlich stark wachsenden USA inzwischen in Asien Industriestaaten herangewachsen sind, deren Unternehmen die europäischen an Wettbewerbsfähigkeit übertreffen.

Das Tückische an dieser Entwicklung ist, daß sie so unmerklich verläuft. Es ist nämlich nicht so, daß alle inländischen Unternehmen in ihrem Export oder durch die Importkonkurrenz gleichmäßig betroffen und die Ursachen dafür konkret zu erkennen wären. Vielmehr sind es einzelne Unternehmen, z.B. Automobilfabriken, deren Expansion ausbleibt, aber auch ganze Wirtschaftszweige wie die Stahlindustrie, die Schiffsbauindustrie, die Kohlewirtschaft, die Polstermöbelindustrie, die Schuhindustrie oder die Textil- und Bekleidungsindustrie.

Die Erkenntnis wird zudem noch dadurch erschwert, daß Unternehmen oder Wirtschaftszweige, die nicht mehr wettbewerbsfähig sind, auf vielfältigste Weise auf dem Umweg über den Staat aus den Überschüssen der noch wettbewerbsfähigen Teile der Wirtschaft subventioniert werden.

Daneben gibt es - vorläufig - genügend weiterblühende Wirtschaftszweige, die die Tendenz verschleiern. Zudem sind die asiatischen Industrieländer derzeit noch primär mit der Erschließung der asiatischen Märkte befaßt, so daß der Wettbewerb in Europa noch nicht so deutlich in Erscheinung tritt.

Mangels konkreter Erkenntnisse sind als äußere Anzeichen anzusehen: die Stagnation und der Rückgang der Produktion in Wirtschaftszweigen ohne kompensierende Ausweitung in anderen Branchen, vergleichsweise und für eine Vollbeschäftigung zu geringe Investitionen, damit einhergehend eine

große und beständige (auch verdeckte) Arbeitslosigkeit, deren Verringerung bei den gegebenen Verhältnissen nicht mehr zu erwarten ist, und ein außerordentlich wachsender Staatskonsum, der durch eine Verschuldung finanziert wird, mit deren Rückzahlung nie mehr zu rechnen ist.

Gegenüber der Arbeitslosigkeit bewirken auch Versuche wenig, durch staatliche Subventionierung von Forschungen etwa auf dem Gebiet der Hochtechnologie die Arbeitslosigkeit verringern zu wollen; denn einerseits kann die auf der Basis der Hochtechnologie zu schaffende Produktion nicht rund zwei Millionen Arbeitslose beschäftigen, andererseits ist nicht sicher, ob überhaupt ein bedeutsamer hochtechnologischer Vorsprung vor der Konkurrenz zu schaffen ist.

Angesichts der Entwicklung wäre es richtiger, den Ursachen für die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit bei gleichem oder besserem technischen Stand Rechnung zu tragen. Diese wird bestimmt durch die Kosten für die angebotenen Leistungen. Ein gewichtiger Teil der Kosten wird aber durch den Preis für die in ihnen enthaltenen Arbeitsleistungen bestimmt. Die Bestimmung des Preises für Arbeitsleistungen, d.h. der Arbeitsentgelte, wiederum erfolgt mehr oder weniger unabhängig von der Wirtschaftslage und der aus ihr resultierenden Lage auf dem Arbeitsmarkt durch die Vereinigungen (Kollektive) eines Teils der unselbständig Beschäftigten. Um eine umfassende Kritik an den Wirkungen und Folgen - insbesondere Nachteilen, Mängeln und unsozialen Schäden dieser Art der Festsetzung und üblichen Erhöhungen der Arbeitsentgelte - geht es in der vorliegenden Schrift.

Dabei geht es nur nebenbei um die erst in neuerer Zeit auftretende, beschriebene Arbeitslosigkeit, die durch mangelnde Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland begründet wird; diese ist nur ein Teilaspekt der seit vielen Jahren herrschenden inländischen Arbeitslosigkeit, wie sie auch viele andere der entwickelten Industrieländer seit Jahrzehnten kennen. Der Vermeidung dieser Arbeitslosigkeit, die wesentlich durch die Festlegung von Preisen für Arbeitsleistungen bedingt wird, die nicht mit den von den Unternehmen (Investoren) auf dem Arbeitsmarkt angebotenen Preisen in Einklang stehen, gelten die Betrachtungen in dieser Schrift.

Die zu kritisierende, übliche allgemeine einheitliche - undifferenzierte - gleichmäßige Festlegung der Arbeitsentgelte für die jeweilige Arbeitsleistung bestimmter Art unterstellt nämlich, daß alle Unternehmen, die diese Leistungsart grundsätzlich nachfragen würden, auch eine Ertrags-/Kostenstruktur haben, daß sie die gesamte angebotene Arbeitsleistung dieser Art zu dem verlangten Preis rentabel einsetzen können und sie deshalb auch nachfragen werden.

Sofern die gleichmäßig festgelegten Arbeitsentgelte nicht insgesamt so niedrig sind, daß der Ertrag der Unternehmen mit dem geringsten Ertrag aus der Nutzung dieser Arbeitsleistung noch ausreicht, das dafür erforderliche Entgelt aufzubringen, können nicht alle Anbieter dieser Arbeitsleistung beschäftigt werden.

In der Wirklichkeit werden die gleichmäßig bemessenen Entgelte, gemessen an der Leistungsmöglichkeit der Unternehmen, für die einen zu hoch, für die anderen - zu ihrem Vorteil - zu niedrig festgelegt. Da die Vereinigungen der unselbständig Beschäftigten - die Gewerkschaften - es sich als einen Erfolg zurechnen, wenn die Arbeitsentgelte nominal (auf die reale Bemessung haben sie direkt keinen Einfluß, da diese von der Preisentwicklung abhängt) möglichst hoch festgelegt werden, besteht natürlich die Tendenz, daß ein Teil der unselbständig Beschäftigten arbeitslos bleibt.

Für die einheitliche, gleichmäßige Festlegung durch die Gewerkschaften mit vielen schädlichen Folgen ist ein Rechtsinstitut verantwortlich, das - historisch entstanden - kollektivistisch ohne Rücksicht auf die Belange der einzelnen Betroffenen vorgeblich zu ihren Gunsten eingesetzt wird. Es handelt sich um die Anwendung der sog. **Tarifautonomie** durch die Gewerkschaften, aufgrund deren sie gleichsam als Verkörperung des Kollektivs die für die unselbständig Beschäftigten gültigen Arbeitsentgelte festlegen.

Diese verbindliche Festlegung bewirkt die Starrheit der zur Herstellung von Gütern erforderlichen Arbeitskosten und verhindert bekanntlich wesentlich die Anpassung von Güterpreisen zum Marktausgleich.

Mit Arbeitslosigkeit verbundene Störungen des Wirtschaftslebens finden sich aus diesem Grund in vielen Ländern. Zwar ist die Problematik dieser Vorgänge der Wirtschaftswissenschaft von jeher geläufig, aber eine

Änderung ist nicht eingetreten. Die Wirtschaftswissenschaft hat sich damit abgefunden und sucht nach Mitteln, trotz der Eingriffe der Gewerkschaften in den Wirtschaftsablauf zu Vollbeschäftigung zu gelangen.

Erstaunlicherweise gelten nämlich alle Handlungen der Vereinigungen der unselbständig Beschäftigten unbesehen als sozial, da auch das Ziel als sozial erscheint. Niemand fragt, für wen die Handlungen sozial sind und für wen sie vielleicht höchst unsozial sind. Entsprechend gilt auch trotz der nur vordergründigen Erfolge die allgemeine, einheitliche Festlegung und Erhöhung der nominalen Arbeitsentgelte bei der Allgemeinheit als unersetzliche soziale Leistung und wird deshalb unreflektiert weithin gutgeheißen. Solange sich niemand die Mühe macht, die Problematik nach wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Maßstäben kritisch zu betrachten, wird es auch zu keiner Änderung kommen.

Im Gegensatz zu den Wirtschaftswissenschaften hängt dazu gerade das Arbeitsrecht - und das ist von grundlegender Bedeutung - dem Glauben an die Erfolge kollektivistischen Handelns an; wo **nominale** Einkommenserhöhungen als **reale** Verbesserungen dargestellt werden, stützt und fördert es das Verhalten der Kollektive ohne Rücksicht auf die Folgen für die Individuen und die Allgemeinheit.

Im Arbeitsrecht der Bundesrepublik Deutschland, hier insbesondere im Kollektivarbeitsrecht einschließlich dem sog. 'Arbeitskampfrecht', sind für die gewerkschaftlichen Kollektive - für z.B. das Verfahren zur Durchsetzung nominaler Entgeltverbesserungen - unter Verwendung einer Auswahl von Scheinrechtsbegriffen (euphemistisch als "unbestimmte Rechtsbegriffe" bezeichnet) je nach Bedarf Rechte und Rechtspositionen geschaffen worden, die in ihrer Gemeenschädlichkeit mit der Verfassung eines Sozialen Rechtsstaates nicht zu vereinbaren sind.

Dadurch sind den (nur willkürlich gebildete Teile des Staatsvolkes umfassenden) Interessenverbänden, die nicht Bestandteil des demokratischen Staatsaufbaus sind, Sonderrechte eingeräumt worden, die ihnen eine in der Welt einmalige Rechtsstellung und Rechtsmacht (und damit auch Wirtschaftsmacht) verleihen. Diese Rechts- und Wirtschaftsmacht erlaubt Eingriffe in fremde Rechte und Rechtspositionen, die denen in sozialistischen Staaten nahekommen.

Wenn man - was den einzelnen unselbständig Beschäftigten angeht - unter "Sozialismus" nicht nur die soziale Unterstützung eines hilfsbedürftigen Individuums durch die Gemeinschaft versteht, sondern ein Höchstmaß an bevormundender Fürsorge, so entspricht die Konzeption der Tarifautonomie mit ihrer diktatorischen Sorge des Kollektivs für jeden unselbständig Beschäftigten nach dem Einheitsmaß des Kollektivs der - ausgeweglosen - Bevormundung im Sozialismus.

Die Tarifautonomie betrifft die spezielle Sorge eines Kollektivs um z.B. die Entlohnung für unselbständige Arbeitsleistungen an die ihm Angehörigen und auch nicht Angehörigen, und zwar durch die Festlegung und Durchsetzung bestimmter Ansprüche gegenüber Investoren und Staat. Hierbei schließt die "Durchsetzung" den sog. "Arbeitskampf" ein, der seiner Natur nach im Widerspruch zur verfassungsmäßigen Rechts- und Sozialordnung des demokratischen Staates steht und deshalb rechtlich gar nicht erfaßbar ist.

Diese Schrift soll die Nutzlosigkeit - ja Sinnlosigkeit und vielfältige Schädlichkeit - der Tarifautonomie darlegen. Sie geht auch auf die Bemühungen des Arbeitsrechts ein, die Widersprüche der Tarifautonomie zur geltenden freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung durch die Schöpfung immer neuer - scheinbar rechtfertigender - Begriffskonstruktionen auszugleichen.

Diese Schrift soll dazu anregen, so wie derzeit in vielen Ländern Abschied von der Diktatur des real existierenden Sozialismus genommen wird, so auch von diesem sozialistisch geprägten, angeblich sozial förderlichen Kollektivismus der Tarifautonomie Abschied zu nehmen.

Auf der anderen Seite soll skizziert werden, wie die unselbständig Beschäftigten durch privatautonome vertragliche Gestaltungen ihrer Position nach differenzierenden Maßstäben unabhängig vom Kollektiv werden, dem sie ohnehin zumeist nicht angehören. Die Folge davon - und gleichzeitig Voraussetzung dafür - ist eine hohe Beschäftigung, die durch die herkömmliche, einheitliche, hohe Festlegung der Arbeitsentgelte mit Sicherheit verhindert wird. Dazu brauchen die unselbständig Beschäftigten Unterstützung, nicht aber Bevormundung durch das Kollektiv.

Ob denn wirklich jemand glaubt, daß ohne die Tarifautonomie der Kollektive unzählige Millionen unselbständig Beschäftigter ihr Leben am Rande des Existenzminimums - gegenüber einer Gruppe unermeßlich reicher Investoren - fristen würden?

Die Abwendung von dieser Form eines verdeckten Monopolsozialismus im freiheitlichen Sozialen Rechtsstaat bedarf - nach jahrzehntelanger Gewöhnung - eines tiefgreifenden Umdenkens der Bevölkerung und einer Änderung des Selbstverständnisses der Vereinigungen wie auch einer Umstellung des angepaßten Arbeitsrechts.